

Postmännern angezeigt, über den Fall des sozialdemokratischen „Geh mit der Zeit“-Stempels ein Bonner Dekret herbeizuführen.

Bald lag auch ein erster Zwischenbescheid vor. Mitte Dezember vorigen Jahres erfuhr Jacobs im Postministerium, daß mit einer Entscheidung über seinen Antrag nun „im Laufe der nächsten Woche“ zu rechnen sei.

Indes, erst nach nochmaliger Rückfrage teilte das Stücklen-Ministerium schließlich unter dem 8. Februar 1960 mit: „Zu meinem Bedauern konnte über den Antrag ... bisher nicht entschieden werden, da eine Grundsatzentscheidung zu treffen ist. Ich bitte um Ihr Verständnis und werde Ihnen sobald wie möglich weitere Mitteilung zugehen lassen.“

Inzwischen hatten die westdeutschen Oberpostdirektionen — bar jeder neuen Order aus Bonn — in Sachen Freistempler nach eigenem Gutdünken entschieden. Die Oberpostdirektion Kiel zum Beispiel ließ den „Geh mit der Zeit“-Spruch zu, den die Kieler Sozialdemokraten für ihre Frankiermaschine bestellt hatten.

Den südhessischen Sozialdemokraten aber wurde derselbe Spruch von der Oberpostdirektion Frankfurt verboten. Als die Hessen mit dem Hinweis protestierten, die Parteifreunde in Kiel dürften den Spruch stempeln, hatte das zur Folge, daß die Kieler Genehmigung rückgängig gemacht wurde.

Unterdes sinnierten die Bonner Postbürokraten noch immer über ihrer Grundsatzentscheidung. Noch einmal — im letzten Juni — ließ MdB Jacobs anfragen, welches Ergebnis das angestrenzte Nachdenken im Hause Stücklen wohl gezeitigt habe — doch erhielt er nie mehr Antwort. Bis heute muß die SPD-Geschäftsstelle in Trier auf ihr Frankiergerät verzichten.

Nur in der Bonner Baracke, dem Hauptquartier der SPD, sind die politischen Stempler ungehindert in Betrieb. Ihr Werbespruch: „Selbständig Politisch Denken.“

SOWJETZONE

ZITAT

„Der Tod Piecks ist für keinen ein Verlust, da er schon länger gelähmt war und unschwer durch einen anderen Kommunisten — man spricht von Grotewohl oder Matern — ersetzt werden kann.“ (Das „Würzburger Katholische Sonntagsblatt“ zum Tode des DDR-Präsidenten.)

STAATSRAT

Der Würdigste

Mit der Akkuratess, die langjährige Übung verleiht, schnellten die 337 anwesenden Abgeordneten der DDR-Volkshammer von ihren Sitzen und rührten ihre Hände zum Applaus erster Güte. Ministerpräsident Otto Grotewohl beugte sich, melancholisch lächelnd, vor und reichte dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Hand: Walter Ulbricht — Volkshammer-Präsident Dieckmann: „der Würdigste unter uns“ — war einstimmig zum Vorsitzenden des eben durch Akklamation ge-



Unter
Kennern
heißt
Cognac:

Bisquit

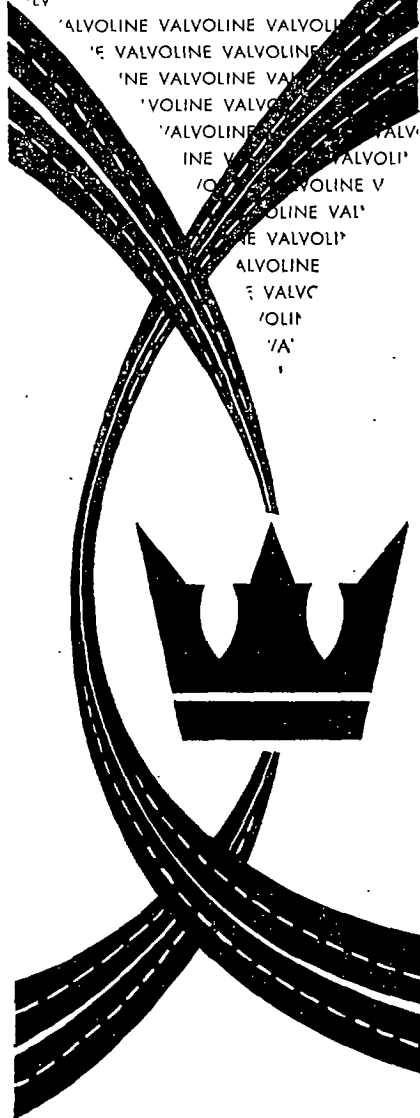
***	DM 19,50
VOCH	DM 23,—
Fine Champagne VSOP	DM 25,50
NAPOLEON	DM 44,—
EXTRA VIEILLE	DM 68,—



Bisquit Dubouché & Co

IMPORT: GODARD GMBH · HAMBURG 11

VALVOLINE VALVOLINE VALVOLINE VALVOLINE
 VALVOLINE VALVOLINE VALVOLINE VALVOLINE
 VALVOLINE VALVOLINE VALVOLINE VALVOLINE
VALVOLINE
 MOTOR OIL



An den Schlagadern des Verkehrs

Von Berlin bis Aachen, von Lübeck bis Reichenhall — wo immer der Verkehr pulsiert, dort, wie überall in der Welt, gibt es auch VALVOLINE Motoren Oel. ALL CLIMATE: das originale Erzeugnis unserer pennsylvanischen Raffinerien. VALVOLINE ALL CLIMATE, Ihr Oel für alle Jahreszeiten, erfüllt Ihre hohen Ansprüche königlich.

VALVOLINE
 1866
 DAS KÖNIGLICHE OEL



Ulrich, Genossen* am Sarge Piecks: Alle Macht dem Sekretär

schaffenen Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik gewählt.

Zur optischen Anreicherung des Ereignisses hielt die effektkundige Regie des Weiheaktes drei Mädchen und einen Knaben aus den blaubeuteten Reihen der Jungen Pioniere bereit. Berichtete das SED-Pflichtblatt „Neues Deutschland“ anderntags: „Ein kleines Mädchen überreichte dem Vorsitzenden des Staatsrats einen Strauß roter Nelken. Walter Ulbricht dankt ihr mit einem Kuß auf die Stirn, der allen Kindern unserer Republik gilt, deren glückliche Zukunft unser Staat in sorgliche Hände genommen hat.“

Nach dieser gemütsbewegenden Unterbrechung des Wahlaktes beförderten die Volkskammer-Abgeordneten „unter nicht endenwollendem Beifall“ (Neues Deutschland) und ohne Debatte die restlichen 23 Kandidaten auf die Sessel des Staatsrats: Für die sechs Stellvertreter des Vorsitzenden — darunter auch Otto Grotewohl — erhoben sie sich von den Plätzen, für die 17 übrigen Rats-Mitglieder genügte ihnen das Aufheben der Hand.

Als dann trat der mit den Attributen bürgerlicher Festgewandung — schwarzer Anzug, weißes Hemd, silbergraue Krawatte — angetane Spitzbart-Proletarier vor die Mikrophone und sprach den Eid. Die Schlußformel „Ich schwöre es“ fügte er jedoch erst hinzu, nachdem ihn ein hilfreich herbeieilender Genosse flüsternd auf die Unterlassung aufmerksam gemacht hatte.

Kleine Schönheitsfehler dieser Art waren angesichts der Eile verzeihlich, mit der das Politbüro der SED zwei Tage nach der Einäscherung des ersten und einzigen DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck der deutschen Arbeiter- und Bauern-Macht eine neue Staatsspitze zu schaffen bemüht war: Die Volkskammer ersetzte im Wege einer Verfassungsänderung die Institution des Staatspräsidenten durch einen Staatsrat und stattete diesen von

* Von links: Ostberlin-Oberbürgermeister Friedrich Ebert, SED-Politbüro-Mitglied Hermann Matern, DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl.

Ulbricht beherrschten Apparat mit weitreichenden Sondervollmachten aus. Mit ihrer Hilfe kann der durch seinen Vorsitzenden repräsentierte Staatsrat

- ▷ Gesetze allgemeinverbindlich auslegen und
- ▷ Beschlüsse mit Gesetzeskraft verkünden.

In beiden Fällen bedarf Ulbricht nun nicht mehr der — auch bisher nur formellen — Zustimmung der Volkskammer.

Obwohl Ulbricht nicht Ministerpräsident und damit formal auch nicht Chef der staatlichen Exekutive — wie etwa Chruschtschow in der Sowjet-Union — ist, hat der SED-Parteiführer ein Amt erlangt, das ihn, gemeinsam mit seinen anderen Funktionen, zum Diktator macht. Ulbricht ist jetzt:

- ▷ Vorsitzender des Staatsrats der DDR und damit faktisch Staatspräsident;
- ▷ Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats und somit de-facto-Befehlshaber der Volksarmee;
- ▷ Erster Sekretär des SED-Zentralkomitees und mithin Staatspartei-Chef.

Die Ämterfülle, die sich der stets geschickt vor dem Moskauer Wind segelnde Altkommunist als Ausdruck seiner Macht verschafft hat, ist selbst im Vergleich zu den zentralistischen Staatsapparaten der übrigen Ostblockländer außergewöhnlich und nur noch den absolutistischen Herrscherbefugnissen verflossener und gegenwärtiger faschistischer Diktatoren vergleichbar.

Tatsächlich hat Ulbricht mit der Bildung des Staatsrats die Verfassung der DDR nur äußerlich dem Beispiel der übrigen Ostblockländer angenähert.

In der Sowjet-Union, in Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Ungarn, in Nordkorea und in der Mongolei nehmen die Vorsitzenden der „Staatsräte“ oder „Präsidien“ die Stellung des Staatsoberhauptes ein. Ausnahmen bilden die Tschechoslowakei, deren neue, „sozia-

listische" Verfassung von 1960 ausdrücklich das Amt eines Staatspräsidenten vorsieht, China, dessen Staatsoberhaupt sich „Vorsitzender der Volksrepublik“ nennt, und Vietnam, das bislang das Präsidenten-Amt beibehalten hat.

Während aber in fast allen dieser Länder Funktionäre der zweiten Garnitur das politisch meist einflußlose Amt des Staatsoberhauptes versehen, hat Ulbricht die Funktionen des ersten Mannes im Staate mit denen des mächtigsten verbunden. Die Ausstattung des DDR-Staatsrats mit Gesetzgebungsbefugnis bedeutet nichts anderes, als daß der sonst auch in Ostblock-Staaten aufrecht-erhaltene Anschein demokratischer Regierungsform in der DDR zugunsten der offenen Diktatur aufgegeben worden ist.

GEMEINDEN

HEIMATTREFFEN

Der Direktor des Werbe- und Verkehrsamts der Stadt Düsseldorf, Karl Franz Schweig, Autor des Leitfadens „Wie organisiere ich einen Kongreß?“, bat jüngst die Düsseldorfer Redakteure der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vergebens, der Öffentlichkeit zu verheimlichen, daß nicht Kanzler Adenauer, sondern nur Vizekanzler Erhard zum „Tag der Oberschlesier“ nach Düsseldorf kommen werde. Schweig hatte befürchtet, etliche der erwarteten 120 000 Oberschlesier würden nicht kommen, wenn sie von Adenauers Rückzieher erführen.

HEMER

Bode-Hoose

Zigaretten rauchend überwachten zwei Beamte der Polizeistation Hemer im Sauerland am 27. August eine Versammlung aufgeregter Bürger. Mit unbewegter Amtsmiene nahmen sie zur Kenntnis, daß Stadt- und Amtsdirektor* Heinz Hoose eine schwerwiegende Beschuldigung gegen das Stadtoberhaupt von Hemer propagierte: Der Bürgermei-



Korruptions-Bekämpfer Hoose
Kein Kredit dem Bürgermeister

ster und Major a. D. Karl Bode, so versicherte Hoose seinen Zuhörern, habe sich zum Bau seines Hauses Landesdarlehen in Höhe von 38 300 Mark erschwindelt.

Obwohl sich die Polizisten hin und wieder Notizen machten, brauchte der Redner keine Anzeige wegen übler Nachrede zu befürchten: Die 2. Zivilkammer des Landgerichts Hagen hatte dem Stadtdirektor ausdrücklich erlaubt, seine Anschuldigung zu verbreiten, und ihm bestätigt, daß er die „reine Wahrheit“ sage.

Bürgermeister Bode, der im Krieg Befehlshaber einer in Hemer stationierten Kradschützen-Ersatzereinheit war, hatte in der Tat beträchtlicher Finanz-Beihilfen bedurft, seit er 1956 als Vorsitzender der vierköpfigen FDP-Fraktion von Hemer zum Bürgermeister gewählt worden war. Wieder mit Kommandogewalt in Hemer ausgestattet, wollte Bode sich nämlich auch eine Residenz erstellen.

Den ersten Teil seines Vorhabens zog der Ex-Major mühelos durch: Bereitwillig gaben ihm die Stadtvertreter auf Antrag das 850 Quadratmeter große Grundstück Sperberweg 8 auf 99 Jahre in Erbpacht. Bode (FDP) zu Hoose (SPD): „Als höchster Bürger der Stadt muß ich auch hoch über der Stadt wohnen.“

Als ungleich schwieriger erwies sich jedoch die Finanzierung des Bode-Hochsitzes. Die ersten Bemühungen erbrachten lediglich Lächerbeträge: Von 57 400 Mark Baukosten konnte der Bürgermeister nur 3100 Mark Eigenkapital aufbringen. 6000 Mark nahm er als erste Hypothek auf. 10 000 Mark gewährte ihm der Armaturen-Fabrikant Friedrich Grohe in Hemer als 7c-Darlehen.

Blieb die Hoffnung auf einen kräftigen Zuschuß aus Staatsmitteln. Am 29. Oktober 1957 beantragte Karl Bode unter Nummer 191/1/58 beim Regierungspräsidenten in Arnsberg, das Land Nordrhein-Westfalen möge ihm als Familienvater mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen unter 6000 Mark gemäß Ziffer 45b der Wohnungsbau-Förderungsbestimmungen (WFB) von 1957 ein Darlehen von 31 200 Mark gewähren. Der Major a. D. versicherte, er habe im Jahre 1956 lediglich 5466,80 Mark Wartegeld nach dem 131-Gesetz bezogen und sonst keine Einkünfte gehabt.

Zur Deckung der Gesamtkosten benötigte Bauherr Bode aber immer noch 7100 Mark. Da sprang der Amtmann Kitzig von der Kreisverwaltung Iserlohn mit der rettenden Frage ein: Ob er denn nicht in Gefangenschaft gewesen sei und als Spätheimkehrer eine sogenannte Eigenkapital-Beihilfe beantragen könne.

Bode war zwar schon im Dezember 1945 aus der Gefangenschaft ins heimliche Hemer zurückgekehrt, hatte aber erst sechzehn Monate später einen Entlassungsschein erhalten, als nämlich die britische Militärregierung alle ehemaligen Soldaten aufforderte, sich zu melden, falls sie noch nicht im Besitz eines britischen Entlassungsscheins — Vor-

• Der Stadtdirektor steht in den Ländern der früheren britischen Besatzungszone — mit Ausnahme der Hansestädte und Schleswig-Holsteins — an der Spitze der kommunalen Verwaltung, während der Bürgermeister die politischen Funktionen ausübt. — Die westfälischen „Ämter“, an deren Spitze ein Amtsdirektor steht, sind Kommunalverbände von mehreren Gemeinden.

Zum
guten Grog
den
alten Flensburger
Hansen
Rum



auch täglich
zum Tee
und zur beliebten
Feuerzangenbowle

Herrlich so ein
Hansen-Grog!